

In dem Text von Christof Mauch über »Großbritannien, die Vereinigten Staaten und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus« wird die Rolle des anglikanischen Bischofs Bell als Vermittler zum deutschen Widerstand berücksichtigt; es werden aber auch nichtkirchliche Positionen referiert. Jürgen Heideking untersucht das Verhältnis zwischen den USA und den deutschen Kirchen in den Jahren 1942 bis 1949. Dabei geht er darauf ein, wie die amerikanischen Kirchen den Kirchenkampf in Deutschland beobachteten und einschätzten, legt aber auch dar, daß und auf welche Weise der amerikanische Geheimdienst Informationen über die deutschen Kirchen gewann und wie man diese Informationen während der Besatzungszeit zu nutzen plante und konkret auch nutzte. Daß dabei sowohl räumlich wie zeitlich der Rahmen gesprengt wird, der in dem Titel des Gesamtwerkes angegeben ist, ist nicht als Nachteil zu werten, macht es doch deutlich, wie intensiv einerseits die USA das Europa nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt haben, andererseits wird klar, wie stark das Nachkriegsdeutschland unter den Nachwirkungen der NS-Zeit stand. Ebenfalls in die Nachkriegszeit hinein erstreckt sich die Untersuchung von Martin Greschat über den »Beitrag des europäischen Protestantismus zur Annäherung der Völker«. Unter der Überschrift »Widerstand« skizziert Greschat zunächst das Verhalten des ökumenischen Rates der Kirchen und seines Generalsekretärs Visser't Hooft, dann die Haltung einzelner europäischer Kirchen. Dabei ergeben sich Ergänzungen und Überschneidungen mit den Arbeiten von van Roon und Schjørring in diesem Band. Die unmittelbare Nachkriegszeit wird als Zeit der »Versöhnung« apostrophiert. Hier leisteten nichtdeutsche Kirchen materielle, aber auch ideelle Hilfe. Die Bedeutung der Stuttgarter Schulderklärung des Rates der EKD für eine christliche Versöhnung wird herausgearbeitet; die Probleme der Wiederannäherung der protestantischen Kirchen in Europa werden nicht verschwiegen. Der letzte Beitrag des Bandes stammt von Joachim Gauck, dem Bundesbeauftragten für die »Stasi-Akten« der ehemaligen DDR. Sein Beitrag enthält neben Hinweisen auf Widerstand und Verweigerung in der NS-Zeit Beispiele für Widerständigkeit in der ehemaligen DDR. Gauck sieht Widerstand aus der Fähigkeit des Wahrnehmens von Unrecht und des Aushaltens eigener abweichender Meinungen erwachsen, wofür Zivilcourage – ein Leitbegriff in seinen Überlegungen – unabdingbar ist. Alle Beiträge – außer dem von Joachim Gauck – sind mit einem Anmerkungsapparat versehen; ein Personenregister ist vorhanden. Literaturhinweise lassen sich den Anmerkungen entnehmen.

Es ist erfreulich, daß Gedenktage, wie hier die 50. Wiederkehr des 20. Juli 1944, nicht nur für Kranzniederlegungen, sondern auch für kritische Reflektionen genutzt werden. Die Kooperation zwischen Theologie (drei Beiträge) und Geschichtswissenschaft (sieben Beiträge) ist nur zu begrüßen. Vielleicht sollte man bei künftigen Unternehmungen dieser Art die ökumenische Zusammenarbeit zwischen den theologischen Fakultäten der beiden Kirchen zu verstärken suchen: die Rolle der katholischen Kirche kommt eindeutig zu kurz.

*Dorothea Beck, Telgte*

Ursula Langkau-Alex/Thomas M. Ruprecht (Hrsg.), Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945. Aufsätze und Dokumente, Campus Verlag, Frankfurt/Main etc. 1995, 314 S., geb., 88 DM.

Im »Council for a Democratic Germany« traten am 3. Mai 1944 unter dem Vorsitz des Religionsphilosophen Paul Tillich deutsche Exilanten aus Politik, Kunst und Wissenschaft in den USA mit einer Deklaration zur Zukunft Deutschlands an die Öffentlichkeit. Die Spannweite des Councils und seiner Unterstützer wird gekennzeichnet durch

Namen wie Siegfried Aufhäuser, Bertolt Brecht, Albert Grzesinski, Paul Hagen, Paul Hertz, Jakob Walcher, Lion Feuchtwanger, Emil J. Gumbel, Hans von Hentig, Ferdinand A. Hermens, Fritz Kortner, Heinrich Mann, Albert Norden, Wolfgang Stresemann und Herbert Weichmann. Die Deklaration wurde von einem empfehlenden Statement prominenter US-Bürger begleitet. Der Council war westlichem Demokratie-Verständnis und dem Ziel sozialer Gerechtigkeit verpflichtet und stellte in gewisser Weise ein Gegenstück zum Moskauer »Nationalkomitee Freies Deutschland« dar. Er entwarf in den nächsten vierzehn Monaten Pläne für die Gestaltung eines neuen Deutschlands in einem neuen Europa, setzte sich mit den Kriegszielen der Anti-Hitler-Koalition auseinander und suchte beratend Einfluß auf die US-Administration zu gewinnen.

Es ist das Verdienst der beiden Herausgeber, mit diesem Band in der Reihe der »Quellen und Studien zur Sozialgeschichte« des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam dem »Council for a Democratic Germany« erstmals eine Buchveröffentlichung gewidmet zu haben. In acht Aufsätzen der Autoren Langkau-Alex, Ruprecht, Claus-Dieter Krohn, Jan Foitzik, Wolfgang Benz und Helmut G. Asper werden Entstehung und Absichten des Council geschildert, werden seine Pläne für das Nachkriegsdeutschland im Bereich der Wirtschaft, des Gewerkschaftswesens, der Medien, im Sozial- und Gesundheitswesen, in Erziehung und Wissenschaft, Recht und Verwaltung skizziert. Die Beiträge zeigen auch die eingeschränkten Wirkungsmöglichkeiten der Organisation im Geflecht der anderen Emigrantenvverbände und gegenüber Politik, Verwaltung, Medien und Öffentlichkeit des kriegführenden Gastlandes.

Die Aufsätze beziehen sich auf die im zweiten Teil des Buches edierten elf Dokumente des Councils, die die Herausgeber aus verschiedenen Archiven zusammengetragen haben und die hier zum größten Teil erstmals veröffentlicht werden. Der dritte Teil enthält mit einer Übersicht über die Komitees und Ausschüsse des Councils und ihre Zusammensetzung sowie einer Chronik für die Zeit vom 10. März 1939 (Gründung der »German Labor Delegation« in New York) bis zum Oktober/November 1945, als eine Reihe von Sozialdemokraten und anderen Nicht-Kommunisten die Zusammenarbeit im Council aufgekündigt, nützliche handwerkliche Hilfsmittel.

Liest man die Deklaration vom 3. Mai 1944, beeindruckt die unideologische und unpathetische, aber bestimmte Sprache und Gedankenführung von Menschen, die innerlich an einem weltumspannenden blutigen Krieg beteiligt waren und zum größten Teil schwere persönliche Schicksale zu verkraften hatten. In der Rückschau aus über fünfzig Jahren erscheint die Deklaration vor allem mit Bezug auf die Schlüsselrolle Deutschlands in Europa und die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Aspekte als weit-sichtig. Getäuscht haben sich die Anhänger des Councils wohl am meisten in ihrem Glauben an die Stärke des inneren Widerstands und die Selbstheilungs- und Selbstbefreiungskraft des deutschen Volkes. Trotz intensiver Öffentlichkeitsarbeit, der Herausgabe eines eigenen Bulletins und massiver Unterstützung durch die »American Association for a Democratic Germany« blieb der Council ohne große Wirkung, behindert auch von den aus heutiger Sicht unbegreiflichen Grabenkämpfen der verschiedenen Exilgruppen untereinander. Während der militärische Sieg allmählich näherrückte, folgten die Planungen der USA erst einmal anderen Vorstellungen. Die Potsdamer Beschlüsse vom Sommer 1945, die den Absichten des Councils zuwiderliefen, entzogen seiner weiteren Arbeit den Boden. Interne Differenzen über die Politik der Siegermächte ließen die Organisation allmählich zerfallen, wenn sie auch offiziell nie aufgelöst wurde.

*Christoph Stamm, Bonn*